

Kurz und bündig

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Heimatschutz = Patrimoine**

Band (Jahr): **100 (2005)**

Heft 1: **100 Jahre ans anni ons : 1905-2005**

PDF erstellt am: **25.04.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

KURZ UND BÜNDIG

Kantonsübergreifend planen

red. Die schweizerische Vereinigung für Landesplanung (VLP) fordert als Lehre aus dem «Fall Galmiz» FR, wo für eine amerikanische Pharmafirma rund 50 Hektaren Landwirtschaftsland umgezogen werden sollen, eine kantonsübergreifende Standortplanung. Zudem schlägt sie ein Enteignungsrecht für die Ansiedlung national oder kantonal bedeutender Industrieunternehmen vor, da raum- und umweltverträgliche Standorte für grosse Anlagen schwer zu finden seien. Verschiedene Organisationen hatten geltend gemacht, dass die geplante Umzonung gegen das Bundesrecht verstosse, doch bestritt dies das Amt für Raumentwicklung des Bundes. Im vorliegenden Fall prallten verschiedene gegensätzliche Anliegen aufeinander. Zudem stünde es dem Bund heute nicht zu, aktiv an den Nutzungsplanverfahren der Kantone und Gemeinden mitzuwirken. Aber Galmiz mache deutlich, dass es einer überkantonalen Koordination bedürfe.

Verbandsbeschwerde unter Druck

red. Nach dem Bundesrat will auch die Rechtskommission des Ständerates das Verbandsbeschwerderecht straffen. So möchte sie die Umweltverträglichkeitsprüfung begrenzen und Umweltschutz und Raumplanung besser koordinieren. Auch sollen nur noch Verbände beschwerdeberechtigt sein, die seit mindestens zehn Jahren auf diesem Gebiet tätig sind. Einsprachebefugt wären gesamtschweizerische Verbände, aber auch deren Unterorganisationen, sofern deren Kanton dies nicht ausschliesst. Überdies sollen die Verbände zu mehr Transparenz verpflichtet werden und die Gerichtskosten tragen, wenn sie einen Prozess verlieren. Die Vorschläge gehen demnächst in die Vernehmlassung und sollen in der Herbstsession 2005 behandelt werden. 14 Kantonalparteien der FDP haben ihrerseits eine Volksinitiative zum selben Thema angekündigt. Sie ist von elf Verbänden, darunter dem Schweizer Heimatschutz, als staatspolitisch bedenklich bezeichnet worden.

ENHK-Präsidentin zurückgetreten

red. Die Präsidentin der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK), Nationalrätin Kathy Riklin (Zürich), ist auf Ende 2004 zurückgetreten. Sie hatte diesem Gremium während zwölf Jahren vorgestanden. Unter ihrer Leitung hat die ENHK ihre Fachgutachten entscheidend verbessert und so den Anliegen des Natur- und Heimatschutzes in den Baubewilligungsverfahren mehr Gewicht verliehen.

BUWAL-Direktor geht

red. Philipp Roch, Direktor des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL), tritt im Laufe des Jahres 2005 von seinem Amt zurück. Der in Genf aufgewachsene Biochemiker und frühere Präsident des WWF Schweiz leitet das Amt seit 1992 und will sich fortan in unabhängiger Stellung für die Umwelt einsetzen. Schwerpunkte seiner Tätigkeit beim BUWAL bildeten die Erarbeitung des CO₂-Gesetzes, die Gesetzgebung zur Gentechnologie, die Labels zur Waldzertifizierung und die Umsetzung der Rothenturm-Initiative zum Schutz der Moore.

Umstrittener Wohnturm in Davos

red. Die Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) hat gegen den geplanten Bau eines Wohnturmes der Architekten Herzog & de Meuron auf der Schatzalp oberhalb Davos Beschwerde eingereicht. Am 31. Oktober hatten die Stimmbürger des Bündner Ferienortes dem Vorhaben mit 1985 gegen 1825 knapp zugestimmt. Bereits vor dem Urnengang hatte die SL grundsätzliche Bedenken angemeldet, da sie befürchtet, dass der 105 Meter hohe Turm ähnliche Projekte ausserhalb der Bauzone präjudizieren könnte. Das Vorhaben steht im Zusammenhang mit dem Versuch, das in den 1950er-Jahren in ein Luxushotel umgebaute und stark zerfallene Sanatorium Schatzalp von 1899 wirtschaftlich tragfähig zu retten und zu sanieren.

Auch in Davos ist der Wohnturm stark umstritten (Fotomontage Herzog & Demeuron)

A Davos aussi, la tour est très controversée (photomontage Herzog & Demeuron)

Neue Bergbahn am Aletsch?

red. Wenn es nach dem Willen ihrer Promotoren geht, soll das Aletschgebiet durch eine neue Seilbahn erschlossen werden. Damit möchten sie die beiden bereits bestehenden Bergbahnen von Riederalp und Belalp VS miteinander verbinden und hier eine der grössten Anlagen dieser Art im Alpenraum verwirklichen. Da aber das Gebiet am Rande des zum Weltkulturerbe zählenden Aletschgletschers liegt, haben verschiedene Umweltorganisationen Bedenken angemeldet, das Gesprächsangebot der Bahnunternehmer jedoch angenommen. Diese ihrerseits haben signalisiert, alle Varianten zu prüfen, auch eine unterirdische.

«Palace»-Projekt abgesegnet

red. Das Stadtparlament von Lugano hat Ende Dezember einem Kredit von 169 Mio. Franken für den Bau eines Kunst- und Kulturzentrums zugestimmt. Dieses wird rund um das ausgebrannte Hotel «Palace» am Seeufer zu stehen kommen. Geplant sind eine 3600 Quadratmeter grosse Piazza, ein Park, ein Museum mit einer Ausstellungsfläche von 2100 Quadratmetern, ein Konzert- und Theatersaal mit 1000 Plätzen sowie ein unterirdisches Parkhaus. Ausser der öffentlichen Hand sind am Projekt auch Private beteiligt.

Gegen Thermalbadprojekt

red. Gegen das im Landschaftsschutzgebiet beim ehemaligen Kloster St. Katharinental am Rhein geplante Thermalbad des deutschen Investors Werner Wicker und der Gemeinde Diessenhofen regt sich Widerstand. Ende Januar haben Gegner des Vorhabens den Verein «Pro Rheinlandschaft Diessenhofen» gegründet. Dieser hat sich zum Ziel gesetzt, das Landschaftsschutzgebiet zu erhalten. Neben dem Bäderkomplex will man auch einen Golfplatz bekämpfen.

